

# Einschätzungen der aktuellen Drogenpolitik in Deutschland

## 5. Alternativer Drogen- und Suchtbericht vorgestellt

*Mitteilung: Frankfurt University of Applied Sciences (UAS)*

Der 5. Alternative Drogen- und Suchtbericht (ADSB) will Defizite in der Drogenpolitik identifizieren und gibt, basierend auf Einschätzung von Expertinnen und Experten aus der Sucht- und Präventionsforschung sowie der Drogenhilfe, Empfehlungen für erfolgreiche Maßnahmen. Auch in diesem Jahr ist dieser im Vorfeld der Veröffentlichung des Drogen- und Suchtberichts der Bundesregierung erschienen. Er enthält wissenschaftlich-fundierte sowie jugend- und verbraucherschutzorientierte Antworten auf aktuelle Herausforderungen der Drogenpolitik der Bundesregierung. Initiatoren sind das Institut für Suchtforschung Frankfurt am Main (ISFF) an der Frankfurt University of Applied Sciences (Frankfurt UAS), das Centre for Drug Research (CDR) der Goethe-Universität Frankfurt am Main, akzept e.V. – Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, die Deutsche AIDS-Hilfe sowie das Selbsthilfe-Netzwerk JES Bundesverband. Der Bericht wurde am 8. August 2018 von Prof. Dr. Heino Stöver, Geschäftsführender Direktor des ISFF, und Dr. Bernd Werse, Leiter des CDR, an der Frankfurt UAS vorgestellt.

„Wie in den Vorjahren richten sich unsere Forderungen und Anregungen im Alternativen Drogen- und Suchtbericht gegen die eher selektiv einzuordnende Drogenpolitik der Bundesregierung, die sich im Wesentlichen auf illegale Substanzen bezieht. Der von ihr herausgegebene Drogen- und Suchtbericht zeigt deshalb hauptsächlich, wie die Strafverfolgung den Drogenhandel und -konsum vergeblich versucht in Schach zu halten, er zeigt jedoch nicht die Versäumnisse und Reformstaus bei der Regulierung legaler Drogen. Der ADSB richtet sich mit konkreten Veränderungsvorschlägen von Expertinnen und Experten an die Politik und Fachverbände und zeigt Wege zu einer rationalen, evidenzbasierten Drogenpolitik auf“, so Stöver. „Es gibt viel zu viele relevante Themen, die von der Drogenpolitik der Bundesregierung teilweise oder komplett vernachlässigt werden. In puncto legaler Drogen ist Deutschland ein Entwicklungsland. Daher wurde es dringend notwendig, diesen Themen mit dem ADSB ein Forum zu bieten“, erklärt Werse.

Die Autoren des 5. ADSB kritisieren unter anderem, dass Konsumentinnen und Konsumenten immer stärker in den Fokus von Strafverfolgungsbehörden gerieten. Die gestiegene Zahl von Delikten betreffe inzwischen zu über 70 % die Konsumentinnen und Konsumenten selbst und die (eigentlich) erlaubten Mengen zum Eigenbedarf. „Mit polizeilichen Mitteln ist es kaum möglich, Herstellung und Vertrieb von Drogen zu unterbinden. Stattdessen müssen

Lösungen gefunden werden, um den Drogenmarkt zu regulieren und eine medikamentengestützte Behandlung zu ermöglichen“, erklärt Stöver. „Es geht um eine Regulation der Drogennachfrage, statt sie allein der Polizei zu überlassen, sowie um die Ermöglichung eines legalen Zugangs zu der am häufigsten genutzten illegalen Droge Cannabis.“ Der ADSB geht dafür auf Beispiele funktionierender Drogenkontrollpolitik anderer Länder ein. Der Bericht stellt zudem die Frage in den Fokus, wie der Umgang mit drogenkonsumierenden Gefängnisinsassen erfolgen sollte und welche Maßnahmen beim Übergang von der Haft in die Freiheit beachtet werden müssten.

Weitere Schwerpunktthemen der 5. Ausgabe des ADSB sind der Umgang mit dem Konsum von Cannabis sowie der Umgang mit den legalen Drogen Alkohol und Tabak. „Während Menschen, die ab und zu einen Joint rauchen, mit dem Strafrecht bedroht werden, erlaubt Deutschland als mittlerweile einziges EU-Land noch die Außenwerbung für Tabak. Alkohol ist so billig und verfügbar wie in keinem anderen westlichen Land. Hier besteht dringender Reformbedarf von beiden Seiten, zumal aus der Präventionsforschung bekannt ist, dass sowohl schrankenlose Kommerzialisierung als auch strikte Repression das Schadenspotenzial einer Droge erhöhen“, ergänzt Werse.

#### **Download:**

Der komplette ADSB kann unter <http://www.alternativer-drogenbericht.de> eingesehen werden.

*PM v. 8.8.2018*

*Nicola Veith*

*Pressestelle*

*Frankfurt University of Applied Sciences*

*Quelle:*

*[www.frankfurt-university.de](http://www.frankfurt-university.de)*

*[www.idw-online.de](http://www.idw-online.de)*